



## Editorial

# Der nationale Energie- und Klimaplan und warum ein breit mitgetragener Plan so wichtig wäre

Der Entwurf zum nationalen Energie- und Klimaplan wurde vom Klimaschutzministerium am 5. Juli zur Konsultation freigegeben. Fünf Tage nachdem der Plan eigentlich in Brüssel eingehen hätte sollen. Sowohl die Abgabefrist in Brüssel als auch die Konsultation sind rechtsverbindlich in der EU-Governance-Verordnung geregelt.

Dass Österreich die Abgabefrist nicht einhält, ist nicht sonderlich außergewöhnlich. Wir sind hier in Gesellschaft mit vielen anderen EU-Mitgliedstaaten. Außergewöhnlich ist allerdings, dass der zur Konsultation freigegebene Plan lediglich ein Vorschlag eines einzigen Ministeriums ist. Stakeholder:innen fragen mit Recht: Welchen Mehrwert können wir mit unserem Input liefern, wenn es bisher nicht einmal eine Abstimmung zwischen den Ministerien, geschweige denn mit den Bundesländern gegeben hat? Klimaschutz ist zweifelsohne nicht in der alleinigen Kompetenz des Klimaschutzministeriums. Die Bekämpfung des Klimawandels ist eine enorme Herausforderung, die alle Wirtschafts- und Lebensbereiche betrifft. Es handelt sich daher um eine Querschnittsmaterie. Der Plan ist aber gänzlich unabgestimmt, Hausaufgaben wurden ganz offensichtlich nicht gemacht.

Nun gut, der Prozess zur Erstellung des Plans ist das eine. Aber wie sieht es mit den Inhalten aus? Auch hier tun sich fundamentale Probleme auf: Sämtliche Szenarien, die dem Plan zugrunde liegen, wurden nicht veröffentlicht. Warum dem so ist, kann nur gemutmaßt werden. Fakt ist allerdings, dass es den Stakeholder:innen so weder möglich ist, die Annahmen noch die Wirkungen zu bewerten. Das ist besonders sensibel vor dem Hintergrund der vielen neuen Ziele im Entwurf: Ein Verbot der Verbrennungsmotoren soll ganz entgegen den gemeinsamen EU-weiten Regelungen frühzeitig und rigoroser umgesetzt werden, Technologien sollen verboten werden, auch wenn sie vollständig mit erneuerbarer Energie betrieben werden. Natürlich werden auch Erneuerbaren-Ziele hochgeschraubt. Im Gegensatz zu Technologieverboten ist ein rascherer und gesteigerter Erneuerbaren-Ausbau grundsätzlich ja unterstützenswert. Aber realistisch? Ohne Datengrundlage schwer einschätzbar. Szenarien müssen daher dringend transparent gemacht werden, immerhin werden sie mit Steuergeldern finanziert.

Der nationale Energie- und Klimaplan ist eine riesige Chance, ein gemeinsames Commitment zu definieren und damit eine raschere Implementierung von Gesetzesvorhaben voranzutreiben. Das erfordert jedoch eine gute Abstimmung, Koordinierung und einem transparenten Prozess. Alle Energiewende-Umsetzer:innen müssen an einen Tisch. Bei einem unabgestimmten Plan hingegen verpufft die Wirkung. Die Chancen, die ein solcher Plan mit sich bringt, müssen nun dringend genutzt werden.

### Mag. Jürgen Streitner

Leiter der Abteilung für Umwelt- und Energiepolitik in der WKÖ